

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Oktober 2024

«SEIN Wort bleibt gültig für
immer und ewig.»



EDU IM BUNDESHAUS

EDU-Nationalrat Erich Vontobel
berichtet von der Herbstsession.

Seiten 4 & 5

ÜBERSTERBLICHKEIT

Prof. Dr. Konstantin Beck über den
Versuch einer Verschleierung.

Seiten 6 & 7

KANTON BERN

- Rückblick Herbst-Session
- Grossrätin Barbara Maurer im Interview
- Ergebnisse & Ausblick Gemeindewahlen

KANTONALTEIL

Voranzeige**Delegierten-
versammlung****Samstag, 12. Oktober 2024**Schwerpunkt: Volksabstimmung
vom 24. November 2024.**Save the Date****Jubiläumsfeier /
Festakt «50 Jahre EDU»****Samstag, 17. Mai 2025**Mit Rahmen-
programm,
Grussbotschaften,
Rückblicken.Alle Mitglieder und
Sympathisanten sind herz-
lich eingeladen!
Reservieren Sie sich das
Datum schon heute.

Alle weiteren Informationen folgen.



Die Gründung neuer Sektionen und die Unterstützung bestehender Sektionen sind entscheidend für das Wachstum der EDU und die christlichen Werte, die sie vertritt. Deshalb suchen wir eine politisch versierte, in der EDU verankerte Person als

Sektions-Verantwortliche/r (20 %)

für den Aufbau neuer EDU-Sektionen und die Unterstützung bestehender Sektionen auf allen Stufen. Sie wirken als Bindeglied zwischen der Geschäftsleitung der EDU Schweiz und den Sektionen. Voraussetzungen: Zuverlässigkeit, Organisationstalent, politisches Gespür, Verankerung in der EDU, Identifikation mit den Werten der EDU.

Die Anstellungsbedingungen werden bilateral besprochen. Fühlen Sie sich angesprochen? **Dann melden Sie sich mit Ihrer Bewerbung bei unserem Präsidenten Daniel Frischknecht, daniel.frischknecht@edu-schweiz.ch.**

Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?
EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

Wort des Monats

«DAS GRAS VERDORRT, DIE BLUME VERWELKT, ABER DAS WORT UNSERES GOTTES BLEIBT FÜR IMMER IN KRAFT.»

Jesaja 40,8

Ein «Ja zum Sterben»

Liebe Leserinnen und Leser



Durch die vielen medizinischen Behandlungsmöglichkeiten ist der Sterbeprozess meines Erachtens heute länger geworden, aber auch unmenschlicher. Diese Entwicklungen werfen grundlegende Fragen auf: Sollten Ärzte in ihren Entscheidungen stärker auf ethische Grundsätze und Kostenaspekte achten?

Grundsätzlich haben die Ärzte den Auftrag, Krankheiten zu erkennen und zu heilen, Beschwerden zu lindern und Leben zu verlängern. Dabei sind sie unter anderem den Regeln der ärztlichen Kunst unterworfen. Da eröffnet sich ein Spannungsfeld zwischen den medizinischen Möglichkeiten, der Lebensqualität nach einer Behandlung sowie dem Willen des Patienten und anderem mehr.

Vielleicht brauchen wir ein neues «Ja zum Sterben», den (freiwilligen) Verzicht auf die Ausschöpfung aller medizinischen Massnahmen (wir können uns das langfristig auch nicht mehr leisten). Vielleicht ist es uns dann auch wieder möglich, einzuwilligen, das Leben an Gott zurückzugeben und auf die Möglichkeit zu verzichten, freiwillig oder mit ärztlicher Hilfe aus dem Leben zu scheiden.

Manchmal stelle ich staunend fest, wie oft selbst Gläubige an diesem irdischen Leben festhalten, trotz der göttlichen Zusage, dass uns im Himmel ein Leben ohne Leid, Schmerzen und Tränen erwartet. Der Tod ist ein unvermeidlicher Teil des Lebens. Unser Leben ist ein Geschenk Gottes, das er letztlich wieder zurücknimmt.

Thomas Lamprecht, Kantonsrat EDU ZH, Vizepräsident EDU Schweiz

Monats-Karikatur: Die Krux mit den Gendertoiletten



EDU im Bundeshaus: Gegen Terror – für Gerechtigkeit und Freiheit

Nach zwei von drei Wochen der Herbstsession 2024 blicke ich auf eine intensive und ereignisreiche Zeit zurück. In diesem Bericht möchte ich einige der wichtigsten Themen beleuchten, die mir in dieser Zeit besonders am Herzen lagen.

Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH



UNRWA-Debatte: Keine Finanzierung von Terrorismus

Die Session begann am 9. September mit einer bedeutenden Abstimmung: der Motion Zuberbühler (24.3194), die die sofortige Einstellung der Schweizer Beiträge an die UNRWA for-

derte. Berichte belegen, dass die UNRWA tief mit der Hamas verflochten ist und in ihren Schulen Terroristen glorifiziert sowie antisemitische Inhalte verbreitet werden. Es ist für die Schweiz inakzeptabel, Steuergelder in solche Strukturen fliessen zu lassen.

Als Vertreter der Minderheit in der Aussenpolitischen Kommission (APK-N) durfte ich unsere Position im Nationalrat darlegen. Überraschenderweise folgte der Rat unserem Antrag: Mit 99 zu 88 Stimmen wurde die Motion gutgeheissen. Dies war ein bedeutender Erfolg und zeigt, dass die Schweiz bereit ist, eine klare Haltung gegen Terrorismus einzunehmen. Nun liegt es am Ständerat, das Geschäft in der Wintersession zu behandeln.

Zudem wurden auch die Motion zur Umleitung des UNRWA-Sockelbeitrags 2024 in die humanitäre Nothilfe für Gaza (24.3469) und die Reform der Flüchtlingshilfe für Palästinenser (24.3815) gutgeheissen – ebenfalls in meinem Sinn.

Individualbesteuerung: Klares Nein der EDU-Nationalräte

Am 16. September stand die Individualbesteuerung zur Debatte. Die EDU-Nationalräte lehnen sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag des Bundesrats ab. Wir sind der Überzeugung, dass Ehe und Familie als wirtschaftliche Einheit besondere Unterstützung verdienen. Die Ehe ist nicht nur eine private Lebensgemeinschaft, sondern eine von Gott gewollte Institution und sollte steuerlich entsprechend behandelt werden. Unsere Hauptkritikpunkte sind der hohe bürokratische Aufwand, die unzureichende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von

Haushalten und die negativen Anreize für traditionelle Familienmodelle. Stattdessen plädieren wir für ein Splittingmodell, das gerechter, einfacher und für Ehepaare vorteilhafter ist.

Drohnenüberwachung: Wer schützt unsere Privatsphäre?

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Schutz der Privatsphäre. Die Swisscom hat ohne Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten des Bundes ein Drohnennetzwerk zur Überwachung angekündigt. In der Fragestunde des Bundesrats habe ich daher gefragt: Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass die Rechte der Bürger gewahrt bleiben und keine umfassende, unsichtbare Überwachung ohne Zustimmung der Bevölkerung stattfindet? Die Antwort erwarte ich demnächst. Je nach Auskunft werde ich weitere Schritte in Betracht ziehen.

Bergkarabach: Für das Rückkehrrecht der Armenier

Am 19. September jährte sich der Angriff Aserbaidschans auf die armenische Bevölkerung in Bergkarabach. Dieser Angriff führte zu einer ethnischen Säuberung, die international jedoch kaum Beachtung fand. Deshalb habe ich eine Interpellation eingereicht, in der ich den Bundesrat frage, ob die Schweiz das Rückkehrrecht der Armenier anerkennt und ob die Schweizer Delegation dieses Thema bei der UN-Klimakonferenz COP29 (11. bis 22. November in Aserbaidschan) zur Sprache bringen wird. Es ist wichtig, dass dieses Unrecht nicht vergessen wird und ich freue mich, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Parteien diesen Vorstoss mitunterzeichnet haben.

Mehr Informationen online

Falls Sie sich für weitere Details oder ganze Redebeiträge zu diesen oder anderen Themen interessieren, können Sie alle meine Voten und Vorstösse sowie Videos der Debatten unter meinem Namen im Internet auf www.parlament.ch nachsehen. Das gilt auch für meinen geschätzten Kollegen Andreas Gafner.

Fazit

Diese Themen zeigen, wie fordernd die politische Arbeit ist. Ich danke Ihnen herzlich, wenn Sie die Arbeit von Andreas Gafner und mir im Gebet begleiten. Denn eines ist sicher: Wer sich einsetzt, setzt sich aus.

Bilder:

Abstimmung zur **Motion Zuberbühler 24.3194**
Hier sieht man gut, wer keine Mühe damit hat, dass Teile der Schweizer Gelder via UNRWA direkt oder indirekt an die Hamas gehen, einer Terrororganisation, welche sich die Vernichtung Israels auf ihre Fahne geschrieben hat. ●



TOTAL / TOTALE	
Ja / Oui / Si / Gea	88
Nein / Non / No / Na	99
Enth. / Abst. / Ast. / Abst.	7

Die Politiker mit den roten Punkten (die geschlossene SVP-Fraktion, sowie Mehrheiten der FDP- und Mitte-Fraktionen) sind für eine sofortige Einstellung der Beiträge an die UNRWA. Geschlossen gegen die Zahlungseinstellung an die UNRWA gestimmt haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SP, Grünen, GLP und EVP.

UNTERSTÜTZE DIE INITIATIVE JA ZUR NEUTRALEN SCHWEIZ

Muuuhdisch schweizerisch

Schweizer Essenz!
T-Shirts für wahre Schweiz-Liebhaber!

swiss essence

Tell

HELVETIA

RODSTANDIG

10% RABATT

Viele tolle Designs
In der Schweiz gedruckt
Hochwertige Qualität

Zeige deine Liebe zur Schweiz!
Neutralität trifft Stil! Zeige deine Unterstützung für eine neutrale Schweiz mit einem einzigartigen T-Shirt!

Nur für kurze Zeit: 10% Rabatt mit dem Code «Tell10». Besuche uns und finde dein neues Lieblings-Shirt! www.neutrale-schweiz.ch

Reformationstagung 2024

Gibt es Fehler in der Bibel?
Enthält die Bibel Gottes Wort oder ist sie 100% Gottes Wort?

Ist Israel ein Gottesbeweis?
Immer mehr Gemeinden entfernen sich von Gottes Plan mit Israel.

Referent:
Dr. theolog Roger Liebi

Samstag, 02. November 2024,
10-12 Uhr und 14-16 Uhr, Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern (Tagungsraum 2. Stock)

Zur Reformationstagung 2024 sind Sie herzlich eingeladen.

In der Mittagspause besteht die Möglichkeit der freien Verpflegung in einer der verschiedenen Gaststätten der nahen Umgebung.

Zur Deckung der Unkosten gibt es eine freiwillige Kollekte.

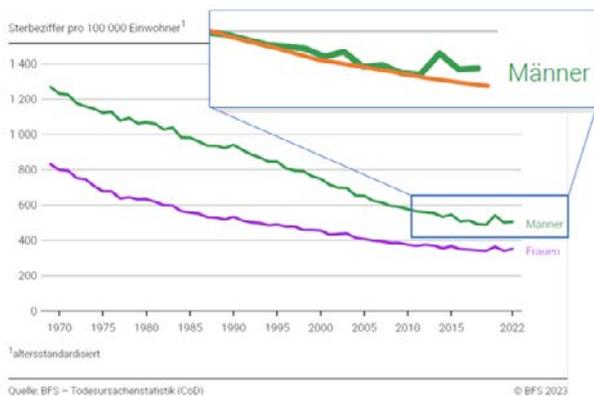
Übersterblichkeit in der Schweiz – Versuch einer Verschleierung

Der Begriff «Übersterblichkeit» ist wichtig, denn eine Pandemie ist nur in Verbindung mit Übersterblichkeit gefährlich. Dass plötzlich viele ältere Menschen an Covid-19 sterben, macht Covid nicht gefährlich, solange es möglich ist, dass dieselben Personen ohne Pandemie z.B. an einer Grippe gestorben wären. Erst wenn mehr Personen sterben, als zu erwarten gewesen wäre, ist eine Pandemie tatsächlich gefährlich. Das ist Übersterblichkeit. Kein Wunder, war dieser Begriff sofort sehr umstritten.

Gastbeitrag von Prof. Dr. Konstantin Beck, Versicherungsökonom, Universität Luzern

Die amtliche Statistik der Todesfälle pro 100'000 Einwohner (Abb. 1) zeigt Folgendes:ⁱ Die Corona-Ausschläge von 2020 sind relativ schwach, der Durchschnitt aller Todesfälle von 2010 bis 2019 ist ungefähr gleich hoch wie der Ausschlag von 2020. So gesehen müsste Übersterblichkeit für 2020 ausgeschlossen werden.

Abb. 1 Todesfälle Schweiz 1970 – 1922



Was aber ebenfalls auffällt, ist die (trotz demographischer Alterung) kontinuierlich sinkende Sterblichkeit seit 50 Jahren. Wer, wie in der Ausschnittsvergrößerung skizziert, diesen fallenden Trend berücksichtigt, stellt fest, dass die drei Pandemiejahre klare Ausreisser waren. Und: dass die Todesfälle seit 2019 nicht mehr auf den früheren (abnehmenden) Pfad zurückgefunden haben. Soweit stimmen wir mit dem Bundesamt für Statistik (BFS) überein. Berechnet man die Differenz aus effektiven und vom BFS erwarteten Todesfällen, sehen wir, dass die Übersterblichkeit bei den Jüngeren im Jahr 2022 endet, bei den Senioren im Jahr 2023 (Tab 1 & 2). Ab diesen Zeitpunkten starben weniger Menschen als vom BFS erwartet, was die negativen Werte ergibt. Ja, bei den Jüngeren übertrifft inzwischen sogar die Untersterblichkeit die vorherige Übersterblichkeit.

Tab. 1 Übersterblichkeit im Alter 0-64

Alter (0-64)	bis 2019	2020	2021	2022	2023	2024 (HR)
Übersterblichkeit BFS	selten	376	582	-139	-749	-237
Erwartete Entwicklung der Todesfälle	-1,3 % / Jahr	-1,3 %	0,0 %	+6,3 %	+0,8 %	-4,6 %
Übersterblichkeit KoB	597	376	582	518	93	368
Erwartete Entwicklung der Todesfälle	-1,3 % / Jahr	-1,3 %	-1,3 %	-1,3 %	-1,3 %	-1,3 %

Damit scheint ja alles in Butter zu sein: «Die Pandemie war schlimm, die Impfung erfolgreich, die Übersterblichkeit verschwunden.» Es bleiben aber ein paar Ungereimtheiten: Obwohl 84 bis 93 % der Senioren geimpft waren, kam es 2022 zu einem erneuten Ausschlag mit 7'223 unerwarteten Todesfällen (Tab. 2). Und auch bei den Jüngeren nahm die Übersterblichkeit erst mit Einsetzen der Impfung Fahrt auf. Wirklich stossend ist jedoch, dass uns das Amt regelrecht hinters Licht führt. Das korrekte BFS-Communiqué müsste lauten: *Die von uns ausgewiesene Übersterblichkeit geht nur darum zurück, weil sich die Sterbesituation im Allgemeinen deutlich verschlechtert hat und wir das in unserer Berechnung bereits vorweggenommen haben.*

In Tab. 1 sehen wir, dass das Amt von 2010 bis 2020 einen jährlichen Rückgang der Todesfälle um 1,3 % erwartet. Doch dann prognostiziert das BFS für 2022 eine unglaubliche Zunahme der Todesfälle von 6,3 %. Das gab es in jüngster Vergangenheit noch nie. Aber natürlich sinkt die Übersterblichkeit, wenn ich mit einem Schulterzucken eine dramatische Mortalitätszunahme in Kauf nehme. Wird dagegen der Trend aus Abb. 1 fortgeschrieben, so bleibt auch die Übersterblichkeit erhalten (Tab. 1, «Übersterblichkeit KoB»).

ⁱ Im Folgenden wird eher intuitiv und grafisch argumentiert. Wer sich für die genauere, wissenschaftliche Argumentation interessiert, der sei auf die entsprechende Vorlesung verwiesen: https://youtu.be/KMiR5H4ma_U

Das sehe nicht nur ich so. Auch die OECD ignoriert inzwischen die Übersterblichkeiten des BAG und berechnet eigene Grössen. Statt einer Untersterblichkeit von -729 spricht diese von einer (hochgerechneten) Übersterblichkeit von 3'410. Zwischen BFS und OECD liegen Welten. Kurz: Statt einer überwundenen Pandemie sehen wir hartnäckige Übersterblichkeit, wie das bei anderen Pandemien nie der Fall gewesen ist. ●

Abb. 2 Übersterblichkeit im Alter 65+

Alter (65+)	2020	2021	2022	2023	2024 (HR)
Übersterblichkeit BFS	7'574	2'381	7'223	-729	-4'593
Übersterblichkeit OECD	8'639	3'853	7'441	3'410	n.a.

Kantonale Wahlen in Aargau und Basel-Stadt

Am 20. Oktober 2024 finden in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die EDU tritt im Kanton Aargau mit der Liste 8 und in Basel-Stadt mit der Liste 9 an.

Wir rufen alle «Standpunkt»-Abonentinnen und -Abonnenten aus den Kantonen Aargau und Basel-Stadt auf: Wählen Sie bei den Grossratswahlen vom 20. Oktober 2024 die EDU! Insbesondere im Aargau zählt jede Stimme! Dank dem Aargauer Wahlsystem («doppelter Pukelsheim») geht für die EDU «keine Stimme verloren». Jede Stimme in jedem Wahlkreis kommt der EDU zugute und kann für den Gewinn von weiteren Grossratsmandaten entscheidend sein.

Wir bitten Sie: Verwenden Sie im Kanton Aargau die EDU-Wahlkarte 8 und im Kanton Basel-Stadt die

EDU-Liste 9 unverändert. Auch leere Linien auf den EDU-Wahlkarten werden der EDU gutgeschrieben. Kandidaten anderer Parteien auf der EDU-Liste (panaschieren) verkleinern die Wahlchancen der EDU.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Redaktion «Standpunkt»

Alles weitere zum Wahlkampf in diesen Kantonen entnehmen Sie den Websites:

www.edu-ag.ch

www.edu-bs.ch





«Der Staat hat zu viel Macht»

Ganz im Gegensatz zu den weltweiten und schweizerischen Entwicklungen möchte der Philosophie-Professor Dr. Michael Esfeld die Macht des Staates massiv beschneiden, der objektiven Wissenschaft der Neuzeit wieder Geltung verschaffen und die grundlegenden Menschenrechte übergeordnet sehen. Im Interview begründet er seine Forderungen und erklärt Einsichten, die er auch in seinem Buch «Land ohne Mut – eine Anleitung zur Rückkehr zu Wissenschaft und Rechtsordnung» beschreibt.

Die Fragen stellten Lisa Leisi und Anian Liebrand im Rahmen eines physischen Treffens

In welchen Ländern wirkt die Versuchung der Machtausweitung, Korruption inbegriffen, besonders und warum?

Prof. Dr. M. Esfeld: In der Schweiz und in Teilen der USA ist es immer noch besser als anderswo. Die Hauptgefahr für die Schweiz geht von der EU und da insbesondere von den Nachbarländern aus. So hat Frankreich ein Gesetz beschlossen, das Widerspruch zu dem, was die Regierung als «Wissenschaft» deklariert, unter Strafe stellen kann. In Deutschland kommt es vor, dass Leute wegen ihrer politischen Meinung eingesperrt werden (wie zum Beispiel Michael Ballweg im Corona-Regime), und es kommt sogar zu Schauprozessen, wie im Falle der so genannten Reichsbürger (die geistig verwirrt sein mögen, aber sicher keine terroristische Gefahr darstellen). Der ganze Rechtsstaat wird abgebaut und die Beweislast umgekehrt. Die Unschuldsvermutung gilt oftmals nicht mehr. Es wurde Tür und Tor für Denunziation geöffnet. Das ist sehr bedenklich. Wenn die Deutschen die Regierung kritisieren, wird dies als «Delegitimierung des Staates» gedeutet. Früher hatte man Majestätsbeleidigung und jetzt Beleidigung des Staates.

Welche Rolle spielen die Medien?

Wenn die Medien staatlich subventioniert sind, wie

es in der Schweiz und in Deutschland der Fall ist, dann sieht es mit der freien Presse schlecht aus, weil sie so vom Staat abhängig sind. Das scheint dazu zu führen, dass die Regierung weniger kritisiert wird. Wenn man das empirisch analysiert, sind es nur wenige Medien, die kritisch über die Regierung berichten, auch im guten Sinne, nicht einfach in Opposition, dazu sind die Parteien da, sondern beharrlich nachfragen und selbst nachprüfen. Das Spektrum der Meinungen ist eingeschränkt. Bei Corona konnte man noch diskutieren, ob man auch die Schulen oder nur die Geschäfte schliessen soll. Aber man durfte nicht sagen, dass das Ganze keine wissenschaftliche Grundlage hatte. Dann wurde man verunglimpft oder noch schlimmer.

In Ihrem Buch sagen Sie, dass wir in Richtung Totalitarismus abdriften. Woran machen Sie dies fest?

Den Totalitarismus habe ich daran festgemacht, dass man versucht, alles bis ins Privatleben hinein zu regeln. Das haben wir während der Coronazeit erlebt. Es wurde auch vorgeschrieben, mit wie vielen Leuten Sie sich in Ihrer Wohnung treffen durften. Da sind einfach Linien überschritten. Dass man sterbende Verwandte begleitet, dass man zu einer Beerdigung oder einer religiösen Zeremonie

zusammenkommt, das geht den Staat nichts an. Wenn er da hineinregiert, wird die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich nicht mehr respektiert. Das zeichnet genau ein totalitäres Regime aus. In einer Demokratie ist es ganz klar: öffentliche Angelegenheiten können per Mehrheitsentscheid geregelt werden, aber nicht private Angelegenheiten. Was ich esse, wie ich heize, wen ich treffe: das sind keine Gegenstände für Volksabstimmungen.

Würden Sie also sagen, dass die Demokratie missbraucht werden kann?

Genau. Dann wird sie zu dem, was in der Philosophie in der Antike als Herrschaft des Pöbels kritisiert wurde. Genauer gesagt handelte es sich immer um die Herrschaft einer Elite, die geschickt Propaganda einsetzt. Demokratie hingegen lebt davon, das eigene Urteilsvermögen einzusetzen und sich dieses nicht nehmen zu lassen. Wir brauchen eine liberale Demokratie und dies heisst, dass man Liberalismus und Demokratie zusammenbringt. Liberalismus bedeutet die Anerkennung der Grundrechte aller. Die Demokratie lebt davon, die Rechte aller, sich ein eigenes Urteil zu bilden, über ihr Leben selbst zu bestimmen und ihre Meinung frei zu äussern, zu respektieren.

Sie befürworten mehr Selbstverantwortung. In welchen Bereichen ist diese besonders wichtig? Sie beurteilen selbst staatliche Schulen nicht nur positiv. Wie begründen Sie Ihre Haltung?

Bei den staatlichen Schulen ist der Gedanke folgender: jede Machtkonzentration neigt zu Missbrauch. Wenn es Konkurrenz gibt, wenn es Ausweichmöglichkeiten, Alternativen gibt, dann diszipliniert dies. Der Staat hat zu viel Macht. Es soll jeder eine Schule besuchen können, in der er rechnen, lesen und schreiben lernt und danach die Grundfertigkeit



hat, um sich arbeitend in die Wirtschaft einbringen und ein erfolgreiches Leben führen zu können. Das muss klar sein. Das Schulmonopol kann aber zur Indoktrination missbraucht werden, indem dann die Regierung bzw. das Erziehungsdepartement bestimmt, welche Inhalte gelehrt werden. Das ist nicht in Ordnung. Es muss Pluralismus geben. Staatliche Monopole bei Medien, Schulen und Sozialversicherungen sind schlecht.

Weshalb sind es oft sog. «gebildetere» Leute, die alles an den Staat delegieren möchten oder an Instanzen glauben, die einem das Denken abnehmen. Wie erklären Sie sich dies?

Sie denken, dass sie mehr wissen als andere und deshalb anderen Vorschriften machen können. In der Coronazeit hat man diese sogenannten Experten gesehen, beim Klima sieht man das jetzt, wenn Wissenschaftler plötzlich sagen, wie man abstimmen soll. Diese nennt man Szientisten, also Leute, die meinen, dass Wissenschaft nicht nur dazu da ist, um Tatsachen aufzudecken und jeder dann selbst drüber nachdenken kann, was er damit anfängt, sondern dass man analog zur technischen Ingenieurskunst eine «soziale Ingenieurskunst» zur Steuerung der Gesellschaft durch «Wissenschaft» einsetzen kann und soll. Die Wissenschaft kann Ihnen sagen, dass das Rauchen das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, erhöht. Daraus folgt aber nicht, dass der Staat das Rauchen verbieten darf. Es gibt Leute, die aufgehört haben zu rauchen und dann übergewichtig wurden. Die riskieren eher, schliesslich an Übergewicht zu sterben statt an Lungenkrebs. Die statistischen Zusammenhänge sind das eine, die individuelle Lebenssituation das andere. Die Information über wissenschaftliche Tatsachen, insofern diese tatsächlich kritischer Nachprüfung standgehalten haben, ist als Grundlage wichtig, damit jeder Entscheide treffen kann.

Zur Person:

Michael Esfeld, geboren 1966 in Berlin, ist wohnhaft in Saint-Sulpice VD. Er ist Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne und Autor zahlreicher Bücher. Seit 2010 ist er Mitglied der Leopoldina, der Deutschen Nationalen Akademie der Wissenschaften. 2013 erhielt er den Forschungspreis der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Seit 2022 ist Prof. Esfeld Mitglied des Stiftungsrats des Liberalen Instituts der Schweiz.

Verweise:

www.michael-esfeld.com

Aber diese Tatsachen geben die Entscheidungen nicht vor.

Da stellt sich die Frage: Wann hört die eigene Freiheit auf und wo fängt die Freiheit des Nächsten an, oder?

Die grundlegenden Menschenrechte gelten absolut, für alle und unter allen Umständen. Denn diese sind Abwehrrechte gegen unerwünschte äussere Eingriffe in die eigene Lebensgestaltung. Wenn ich das Recht habe, mein Leben nach meinem Ermessen zu gestalten, dann habe ich damit zugleich die Pflicht, unerwünschte Eingriffe in die Lebensgestaltung anderer zu unterlassen, weil eben alle das gleiche Recht auf Selbstbestimmung über ihr Leben haben. Daraus folgen Eigentumsrechte, zunächst das Eigentum am eigenen Körper. Niemand hat mir vorzuschreiben, was für Medikamente, Spritzen oder Behandlungen ich in Anspruch nehme. Auf dieser Grundlage kann man dann eine Gesellschaft durch freiwillige Interaktionen und Zusammenschlüsse aufbauen. Die grundlegenden Menschenrechte sind aber lediglich Abwehrrechte. Das positive Recht heute vermischt diese aber mit Anspruchsrechten. Ein besonders krasses Beispiel wäre das Anspruchsrecht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das wäre ja schön, aber dann arbeite ich nicht mehr und möchte mein bedingungsloses Grundeinkommen haben. Und wenn das alle machen, dann muss der Staat Zwangsarbeit verfügen, denn jemand muss ja das Grundeinkommen erarbeiten. Deshalb können Anspruchsrechte nie den Grundsatz «gleiches Recht für alle» erfüllen. Sie dienen vielmehr als Vorwand dafür, dass sich der Staat unter allerhand wohlklingenden Begriffen über die grundlegenden Abwehrrechte der Menschen hinwegsetzt.

Die Freiheiten der Bürger sind bedroht durch internationale Organisationen, Verträge und Abkommen, die mit Grundrechten in Konflikt kommen. Was sind aus Ihrer Sicht die grössten Herausforderungen?

Wir müssen zunächst einmal prüfen, wo jene sitzen, welche mir die Polizei ins Haus schicken, die mich direkt zu etwas zwingen können. Die sitzen im eigenen Land. Wo es Macht gibt, gibt es Interessen. Wissenschaft hat heute die Tendenz, über das Wohl und Weh, über das Heil der Menschen zu bestimmen, was eigentlich der Bereich der Religion ist. Die Verbreitung von Viren wird als «Sünde» gesehen. Dass der Mensch CO₂ ausstösst, also Energie verbraucht, das soll nicht mehr sein. Dann gibt es wirtschaftliche Interessen. Daran verdienen viele. Das ist so lange in Ordnung, wie das freiwillig geschieht. Im Corona-Regime gab es aber den Versuch mit den Impfstoffen, Zwang einzusetzen, um

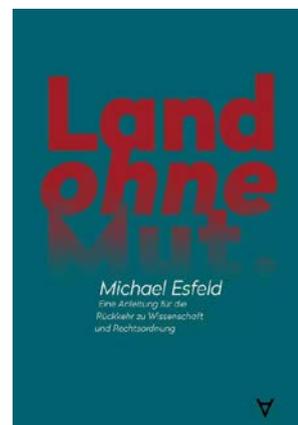
privat Gewinne zu machen und die Risiken auf andere abzuwälzen. Das geht gar nicht. Man muss für sein Handeln haften und Verantwortung übernehmen. Deshalb denke ich, der Hebel muss da ansetzen, wo versucht wird, anderen etwas aufzuzwingen. Macht muss dezentral organisiert sein, um ihren Missbrauch einzuschränken. Die WHO kann beschliessen, was sie will. Es ist unsere Regierung, die sagen muss, nein, in der Schweiz bestimmen nicht fremde Mächte.

Was war Ihnen in Ihrem Buch das Wichtigste für die Rückkehr zu Wissenschaft und Rechtsordnung?

Der Untertitel ist erstmal provokativ. Denn das heisst ja, dass wir beides in gewisser Weise verloren haben. Bei der Wissenschaft sollte einfach gelten: Bleibe bitte bei den Tatsachen, stelle dich kritischer Nachprüfung und mache nicht den Leuten Vorschriften. Bei der Rechtsordnung muss gleiches Recht für alle gelten und dabei müssen die Grundrechte unantastbar sein. Vor allen Dingen kann es nicht sein, dass eine Regierung diese willkürlich aussetzen kann durch die Erklärung eines Ausnahmezustandes. Dafür kann sie immer einen Anlass finden. Wenn eine Virenwelle, die für die allgemeine Bevölkerung nie eine ausserordentliche Gefahr darstellte, Anlass für einen Ausnahmezustand sein kann, dann kann Beliebiges dafür herhalten. Das ist die Gefahr, und deshalb ist auch eine Aufarbeitung des Corona-Regimes nach wie vor so wichtig.

Was wünschen Sie sich von den Bürgerinnen und Bürgern, um Übergriffe zu verhindern?

Mehr Bewusstsein dafür, dass sie hinters Licht geführt werden. Der britische Gesundheitsminister sagte im Februar 2020, auch in England könne man Städte abriegeln wie in China. Damals dachte ich, der ist von Sinnen. Das würde die Bevölkerung bei uns nicht mitmachen. Das war naiv von mir. Das haben die Leute mitgemacht. Sie sollten ein kritisches Bewusstsein und vor allen Dingen Skepsis gegenüber Machtkonzentrationen entwickeln. Das Schlimme ist, dass sich viele an das Betreut-Sein gewöhnt haben und ihre eigene Urteilskraft nicht mehr einsetzen. ●



Buch «Land ohne Mut»
ISBN 978 - 3 - 9822771 - 6 - 5



Herbstsession 2024: Hier gestalten wir mit

Anlässlich des Fraktionsausfluges reiste die EDU-Fraktion ins Seeland. Bodenaufwertung und Besuch Anker-Hauses in Ins, Besichtigung des Kraftwerks Hagneck und zum Abschluss ein feines zNacht in Lüscherz haben uns einen tollen Ausflug beschert!



Dominik Blatti

Weniger Solar-Zwang

Mit 79 zu 73 Stimmen empfiehlt der Grosse Rat die Solarinitiative der Grünen nach einer über fünfstündigen Debatte zur Ablehnung. Die EDU-Fraktion ist der Ansicht, dass die Initiative zu stark in das Privateigentum eingreift. Deshalb haben wir dem Gegenvorschlag zugestimmt, der weniger weit geht. Er sieht vor, dass die Solar-

pflicht nur für Neubauten gilt, anstatt auch für bestehende Gebäude mit geeigneten Flächen. Bei umfassender Erneuerung von bestehenden Dachflächen soll nur eine Meldepflicht eingeführt werden. Zudem sollen neue grosse öffentliche Parkplätze mit Photovoltaik überdacht werden müssen. Da die Initianten mit dem Gegenvorschlag nicht zufrieden sind, wird das Volk wohl über beide Vorlagen entscheiden können.



Katharina Baumann

Demokratischer Austausch fördern

An der Universität Bern kam es im Frühsommer zu mehreren Besetzungen. Die überwiesene Motion fordert, die klare Reaktion des Rektors der Universität zu unterstreichen und die politische Bildung an allen Schulen und auf allen Stufen politisch und konfessionell neutral zu gestalten. Differenzierte Sichtweisen, Diskussion und Information werden nicht in Frage gestellt, wohl aber das schonungslose Proklamieren einseitiger Themen und das Ausrufen antisemitischer Forderungen. Die EDU-Fraktion steht klar zum Staat Israel und hat die Motion in allen Punkten einstimmig unterstützt.

Familienzentren stärken

Ein guter Start in die Bildungslaufbahn und ins Leben ist für jedes Kind von hohem Wert. In einer sich wandelnden Gesellschaft können engagierte Familienzentren einen stabilisierenden Beitrag leisten, z.B. in der Organisationsentwicklung, der Frühförderung oder der Integrationsförderung. Aufgaben, die viele Familien selbst in die Hand nehmen, für die anderen aber leider die Möglichkeiten und Kompetenzen fehlen. Mir ist ein guter Start in die Volksschule sehr wichtig, darum habe ich mich als Mitinitiatorin für die Stärkung von begleiteten Familienzentren eingesetzt.



Jakob Schwarz

Keine Verdrängung des Menschen aus der Natur

Obwohl immer mehr Menschen in der Schweiz leben, wird der Zugang und der Aufenthalt von Menschen in der Natur durch übertriebene Naturschutzmassnahmen zunehmend eingeschränkt und verboten. So wurde ein Campingplatz in Gampelen, der natur- und ressourcenschonende Ferien ermöglichte, ersatzlos aufgehoben. Auch Wildschutzgebiete mit Betretungs- und Fahrverboten verunmöglichen, dass die Bergregionen massvoll genutzt werden. Eine von mir mit eingereichte Motion will verhindern, dass nun auch der Zugang zu den Seen im Kanton Bern zu Freizeit- und Erholungszwecken massiv eingeschränkt wird. Der Vorstoss wurde mit Unterstützung unserer Fraktion überwiesen.

Effizientere Verwaltung – verbindliche Fristen

Während Private und Gemeinden gegenüber dem Kanton Fristen einzuhalten haben und bei Nichteinhaltung mit Konsequenzen rechnen müssen, kann sich der Kanton auf der anderen Seite lange Fristüberschreitungen leisten und die Nichteinhaltung hat keine Konsequenzen. Neben dem Ärger für die Betroffenen entsteht dadurch auch ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden. Der von mir miteingereichte Vorstoss verlangt verbindliche Fristen in kantonalen Verfahren und eine Kostenbeteiligung des Kantons bei Nichteinhaltung. Der Vorstoss wurde im ersten Punkt als Motion und im zweiten Punkt als Prüfungsauftrag an den Regierungsrat überwiesen.

Bruno Martin

Umgang mit dem Kulturland der JVA Witzwil

Zur Landfreigabe bei der Justizvollzugsanstalt Witzwil wurden drei Motionen eingereicht. Die Kulturlächen in Witzwil sind tragfähig und von hoher Qualität und dies gilt es zu erhalten. Ein Antrag zur Erhaltung der bestehenden Betriebsstrukturen als Familienbetrieb wurde leider abgelehnt. Der Verpachtung von Flächen an bestehende Betriebe in der Region wurde zugestimmt. Demgegenüber stehen Bedenken, ob die Wert-

schätzung und Nachhaltigkeit der geschenkten Schöpfung erhalten werden kann. Es wird sich zeigen, ob in diesem Projekt mit intelligenter Zusammenarbeit von Staat, Urproduktion und Schutzorganisationen wirklich nachhaltige und zielführende Lösungen gefunden werden. •

Die wichtigsten Wortmeldungen können auf dem YouTube Kanal der EDU Kt Bern angesehen werden:



Willkommen, Barbara!

Barbara Maurer (BM) hat die Nachfolge von Ernst Tanner angetreten und ihre erste Session hinter sich. Samuel Kullmann (SK) führte mit ihr ein Interview.

SK: Herzliche Gratulation zu deiner Wahl in den Grossen Rat. Wie hast du deine erste Session erlebt?

BM: Danke für die Glückwünsche. Meine erste Session war sehr spannend und abwechslungsreich.



SK: Was war anders, als du es dir vorgestellt hast?

BM: Das vielseitige «Drumherum» hat mich überrascht! Die Mittagsveranstaltungen und die Mails mit den Stellungnahmen der Interessenverbände sind sehr zahlreich, aber durchaus informativ.

SK: Warum hast du angefangen, dich für Politik zu interessieren und warum bist du Mitglied der EDU geworden?

BM: Die Politik befasst sich mit dem Zusammenleben der Menschen. Das finde ich sehr spannend. Ich möchte in unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen und dabei biblische Prinzipien/Werte anwenden. Die EDU



ist die Partei, die meinen Überzeugungen am besten entspricht.

SK: Du bist die zweite Frau in der EDU-Fraktion. Siehst du Unterschiede in der Herangehensweise von Frauen und Männern an die Politik?

BM: Ja. Unser Schöpfer hat Frauen und Männer unterschiedlich gedacht und geschaffen. Deshalb ist für mich klar, dass die Herangehensweise auch in der Politik unterschiedlich ist. Dies ist eine grosse Bereicherung! Wir dürfen unterschiedlich sein und uns mit unseren Begabungen einsetzen, so wie wir sind.

SK: Der Soziologe Max Weber (1864–1920) hat mal gesagt: «Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.» In welchen Bereichen würdest du gerne «bohren»?

BM: Es gibt im Moment noch keinen speziellen Bereich, wo ich mich vertieft investieren möchte. Im Gemeinderat habe ich Einblick in viele Bereiche erhalten, dies hat mich motiviert, mich nun auf einer anderen Ebene der Politik zu engagieren. Die Bereiche Tiefbau und Soziales sind mir von meiner bisherigen Tätigkeit am nächsten. •

Gemeindewahlen

Am 22. September 2024 fanden die ersten Gemeindewahlen dieses Jahres statt. Wenige Stunden vor Redaktionsschluss stehen die Ergebnisse fest: In Biel konnte die EDU ihren Wähleranteil von 1,1% auf 1,9% steigern! Trotz dieses guten Ergebnisses fehlten 79 Wähler, um den dank Parteibeitritt zusätzlichen Sitz halten zu können. In Unterseen konnte die EDU ihren Sitz im Gemeinderat mit Werner Feuz verteidigen, in Interlaken schaffte Josia Reichen die Wiederwahl in den Grossen Gemeinderat. In Worb fehlten lediglich 15 Wähler damit die EDU den Wiedereinzug ins Gemeindeparlament geschafft hätte. (Weitere Infos: www.edu-be.ch). Die nächsten Wahlen finden im Oktober statt. Die Verantwortlichen vor Ort berichten:



Hansueli Grädel, Präsident EDU Huttwil, Grossrat

Die EDU erzielte im Jahr 2016 mit Alexander Grädel zum ersten Mal einen Sitz im Gemeinderat. Dieses Jahr kandidieren nebst Alexander Grädel, der sich zur Wiederwahl stellt, Andrea Kurt, Michael Hertig, Adrian Scheidegger,

Andreas Nyfeler, Anreas Frischkopf und Beat Berger. Nachdem wir unseren Wähleranteil über die Jahre stetig steigern konnten, hoffen wir auch diese Mal auf ein gutes Ergebnis und dass wir unseren Sitz verteidigen können. Um das bürgerliche Lager im Gemeinderat zu stärken, sind wir eine Listenverbindung mit SVP und Mitte eingegangen.



Claudia Züst, Präsidentin EDU Heimberg

Lange Zeit engagierte sich Beat Schertenleib für die EDU im Gemeinderat. Dank einer gemeinsamen Liste mit der EVP war seine Wiederwahl nie gefährdet. 2020 gab er sein Mandat weiter an Herbert Geiser von der EVP. Im gleichen

Jahr erzielte die gemeinsame EDU-EVP-Liste mit 17,1 Prozent ein hervorragendes Ergebnis. Auch dieses Jahr wollen wir den Sitz von Herbert Geiser gemeinsam verteidigen. Für die EDU kandidieren Hansjürg Gafner (ein Bruder von Nationalrat Andy Gafner) und ich.



Franziska von Siebenthal, Präsidentin EDU Wimmis

In Wimmis steht im Oktober ein grosser Wechsel an; fünf von sechs Gemeinderäten wollen oder müssen zurücktreten. Wimmis ist eine Hochburg der SVP, die mit 5 Kandidaten antritt. Die EDU war in den letzten Jahren nicht im Gemein-

derat, aber in zwei Kommissionen vertreten. Wimmis hat ein Majorzwahlsystem, weshalb wir nur mit einem Kandidaten antreten, um die Stimmen nicht zu verzetteln. Wir erhoffen uns trotzdem eine Chance auf einen Sitz, denn mit Martin Jost haben wir einen kompetenten Kandidaten, der bereits in der Finanzkommission mitarbeitet. Wir wünschen ihm viel Erfolg.



Peter Bonsack, Präsident EDU Kallnach

Nachdem meine Nachfolgerin Anita Bula nach sechs Jahren im Gemeinderat ihren Rücktritt bekannt gegeben hatte, wurde ich vor die Wahl gestellt, ob ich wieder Einsitz im Gemeinderat nehmen wolle. Diesen Auftrag nahm ich aus Überzeugung wieder an. Seit dem 1. Mai 2024

leite ich im Gemeinderat das Ressort Sicherheit, Soziales und Kultur. Ich durfte bereits viele positive Erfahrungen machen und bin motiviert, mich für die Wahlen vom 20. Oktober 2024 wieder zur Verfügung zu stellen. Auf der Liste kandidieren ebenfalls Marlis Tüscher, Doris Schwab und Peter Reist. Wir hoffen, den Sitz der EDU verteidigen zu können. •

Agenda

Öffentliche EDU-Anlässe

Die EDU Regionalparteien Mittelland-Süd, Thun und Biel-Seeland laden zu spannenden Anlässen ein:

Im Oktober finden zwei «EDU bi dä Lüt» Anlässe mit Nationalrat Andy Gafner und Grossratsmitgliedern statt, die einen Sessionsrückblick halten.

Di. 15. Oktober, 19:00 Uhr

Gemeinschaftsraum Elaja, Musterplatz 2, 3665 Wattenwil. Mit Apéro riche.
Hinweis: Der Anlass in Wattenwil richtet sich besonders auch an Leute, die Interesse haben, eine EDU-Ortspartei in Wattenwil aufzubauen.

Do. 17. Oktober, 20:00 Uhr

Stall Bar (ehem. Rest. Sternen),
Burgdorfstrasse 17, 3672 Oberdiessbach
Anschliessend kleiner Apéro

So. 3. November, 15:00 Uhr

«Israel und die Welt nach dem 7. Oktober 2023...
Was sagt die Bibel dazu?
Referent: Michael Schneider, Jerusalem
Hotel Krone, Stadtplatz 29, 3270 Aarberg

Beten bewegt

Krista Baier, Präsidentin EDU Stadt Bern

Gottes Eingreifen

«Denn ich bin der HERR, dein Gott, der deine rechte Hand stärkt und zu dir spricht: Fürchte dich nicht, ich helfe dir!»
Jesaja 41,13

Doch oftmals dann, wenn wir Gottes Eingreifen und Seine Hilfe am dringendsten nötig hätten, wenn wir im grössten Schmerz zu Ihm schreien, fühlt es sich an als würde Er uns nicht hören oder ignorieren... Bill Johnson, ein Pastor aus Kalifornien sagte mal, dass gerade dann wenn wir das Gefühl haben, dass Gott nicht mehr sichtbar ist oder auf Distanz zu uns, dass Er uns gerade dann so nahe ist und uns in Seinen Armen geborgen hält, so dass wir Ihn durch die Nähe nicht mehr sehen können. Dies wird uns in Psalm 27 (von David) bestätigt:

«Der Herr ist mein Licht und mein Heil: vor wem sollte ich mich fürchten? Der Herr ist die Kraft meines Lebens: vor wem sollte mir bangen? Dringen Frevler auf mich ein, um mich zu verschlingen, meine Bedränger und Feinde, sie müssen straucheln und fallen.»

Liebevoll sieht Er auf uns, geborgen in unseres Vaters Armen. •



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Samuel Kullmann

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: z.V.g.
Seite 2: z.V.g.
Seite 4: AdobeStock



«Der Sozialismus ist eine Kopfgeburt»

Wer den Sozialismus wie der renommierte Journalist Ralf Schuler selbst erlebt hat, weiss, wovon er spricht. Der heutige Konformitätsdruck und die zunehmende Selbstzensur haben ihre Wurzeln massgeblich im sozialistischen Denken.

Ralph Studer, Rechtsanwalt, Journalist Stiftung Zukunft CH

Umfragen zeigen, was in der Schweiz undenkbar war: Viele Schweizer getrauen sich nicht mehr, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Laut einer Tamedia-Umfrage von 2023 geben über 40 % der 18- bis 24-Jährigen an, nicht jederzeit frei ihre Meinung zu politischen Themen äussern zu können. Ursächlich hierfür ist u.a. die Wahl der Themen und die mediale Berichterstattung. Seit Jahren prägen linkslastige und woke Medienartikel das öffentliche Denken zu Themen wie Rassismus, Migration, Islam, Transgender und «neuen Familienformen». Diese Einseitigkeit kommt nicht von ungefähr. Eine Umfrage der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) ergab 2017, dass sich fast 70 % der SRG-Journalisten als links bezeichnen, bei privaten Medien sind es 62 %.

Zum Diskurs nicht mehr zugelassen

Erschwerend kommt hinzu, dass Journalisten vermehrt ihre politische Sichtweise darstellen. Die veröffentlichte Meinung – oft im Einklang mit der politischen LGBTQ-Agenda – entfernt sich so von der tatsächlichen öffentlichen Meinung und suggeriert eine Mehrheitsmeinung, die mit der Realität nicht übereinstimmt. Der Leser fühlt sich vermeintlich in der Minderheit und schweigt angesichts einer lauten und aggressiven Gruppe, die den Diskurs dominiert. Zudem werden Fakten und Meinungen in den Medien vermischt und an den Leser gebracht, der dann kaum mehr zwischen objektiven Fakten und subjektiver Meinung unterscheiden kann.

Dieser zunehmende Konformitätsdruck widerspricht einer demokratischen Gesellschaft. «In freiheitlichen Gesellschaften», so der renommierte deutsche Polit-Journalist Ralf Schuler in einem Interview mit der Stif-

tung Zukunft CH, «sollte dieser Gruppendruck aber kein Preis für die freie Meinungsäusserung sein, der grosse Teile zum Verstummen bringt, wie dies in den autoritären Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks der Fall war. [Es] hat sich in den letzten Jahren ein polit-medialer Komplex gebildet, der einen massiven Normsetzungswillen (etwa beim Thema LGBTQ oder Corona-Politik) entfaltet und Widerspruch entweder nicht zum Diskurs zulässt oder gesellschaftlich zu ächten versucht.»

Verbindung zum Sozialismus

Bei all den Diskussionen, warum aus Meinungsfreiheit mehr und mehr Selbstzensur wird, wird ein grundlegender Aspekt völlig ausgeblendet und unterschätzt: Die Einschränkung der Meinungsfreiheit hat eine verhängnisvolle Verbindung zum Sozialismus. «Der Sozialismus», betont Schuler, «ist eine Kopfgeburt mit der Vorstellung einer Gleichheitsgesellschaft, die dem menschlichen Streben nach Aufstieg, Unterschied, aber auch Eigenschaften wie Ehrgeiz, Neid und Missgunst nicht Rechnung trägt und deshalb zwangsläufig scheitern muss. Eine solche Gesellschaft kann nur (zeitweise) funktionieren, wenn man Kritiker nicht zu Wort kommen lässt und jegliche intellektuelle Abweichung unterdrückt.»

Über den «Gleichschritt» und Auswege aus dieser Schweigespirale spricht Schuler, der durch sein Buch «Generation Gleichschritt» und viele Jahre als Leiter der Parlamentsredaktion der BILD-Zeitung bekannt wurde, am 26. Oktober 2024 um 15 Uhr bei einem Vortrag in Zürich (Grosser Saal Liebfrauen, Weinbergstrasse 36). Eintritt frei, Kollekte. Infos und Flyer zum Vortrag: www.zukunft-ch.ch ●



Gymnasium der Zukunft – ein Mehrwert?

Wie schon bei der Neugestaltung des Lehrplans 21 will der Kanton St. Gallen wiederum eine Vorreiterrolle beim Umbau des Gymnasiums übernehmen. Trotz des mittlerweile unübersehbaren Bildungsabbaus – insbesondere in den Grundlagenfächern Deutsch und Mathematik – und weiteren negativen Auswirkungen, soll nun auch das Gymnasium ähnlich umgestaltet werden.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Ohne Notwendigkeit und nicht von den Lehrern gewünscht, wie auch von Hochschulprofessoren kritisiert, will eine Arbeitsgruppe des Bildungsrates im Verbund mit dem Amt für Mittelschulen (AMS) massive Änderungen durchdrücken. Was auf nationaler Ebene durch die Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM) langsam Form annimmt, soll im Kanton St. Gallen bereits im Vorfeld getestet werden.

Die Arbeitsgruppe hat seit 2018 ein Strategiepapier entwickelt, welches erst 2022 den Lehrern vorgestellt wurde. In einer Anhörung 2022 und einer Vernehmlassung 2023 konnten Einzelpersonen und Verbände Stellung nehmen, was sie auch ausführlich wahrnahmen. Die Antworten können auf der Homepage des AMS unter dem Stichwort «Gymnasium der Zukunft» eingesehen werden. Die Änderungsvorschläge wurden gelesen und in kleinen Teilen berücksichtigt, an der Stossrichtung wurde jedoch nichts geändert. In einem Parforceritt sollen nun die neuen Stoffpläne erstellt werden, alles unter dem Motto der «Entrümpelung» bzw. «Entschlackung», was auch immer das heissen soll, so dass das gesamte Projekt im August 2026 erstmals umgesetzt werden kann.

Bereits jetzt haben sich erhebliche Schwierigkeiten beim Erstellen der zukünftigen Stundenpläne ergeben. Eine Arbeitsgruppe soll hier helfen. Befürchtet wird allerdings von Lehrerseite, dass ein «Murks» herauskommt, nur damit das Projekt durchgeführt werden kann.

Schüler in der Verantwortung

Schon jetzt arbeiten die Schüler an den St. Galler Kantonsschulen mit Laptops und Tablets. Stolz wurden sie vom abgetretenen Erziehungsdirektor Stefan Kölliker auch «digitale Schulen» genannt. Da auch die Handynutzung während des Unterrichts nicht untersagt ist, ist die Ablenkungsquote der Schüler selbstverständlich sehr hoch. Kaum einer ist während der Stunden noch vollumfänglich präsent, so dass die Lernleistung der Schüler sinkt. Da die Lehrer nur auf Laptopdeckel starren, können sie schwer überprüfen, in welchen Programmen ihre Schüler surfen. Sie müssten eigentlich von der Rückseite der Schulzimmer unterrichten, um zu sehen, welche Seiten die Schüler gerade geöffnet haben. Dies verbietet sich jedoch, will man einen effizienten Unterricht führen.

In Zukunft sollen die Schüler mit zunehmender Ausbildungsdauer in speziell geschaffenen «flexiblen Unterrichtsformaten», die pro Fach einen neuen wöchigen Blockunterricht von vier Lektionen am Stück vorsehen, vermehrt selbst bestimmen, was sie lernen, wie lange sie dafür brauchen, wann sie bereit sind für Prüfungen, ob sie diese wiederholen möchten und ob es einen Kompromiss braucht bei der Notengebung. Die Präsenzpflicht soll reduziert, dafür der Onlineunterricht verstärkt werden. So lassen sich im Endeffekt auch zwei Klassen parallel unterrichten, eine im Zimmer, die andere zu Hause an den Geräten. Die Erarbeitungsphase (das eigentlich Spannende am Unterrichten, wobei im Unterrichtsgespräch immer wieder neue Aspekte durch Schülerbeiträge einfließen und angeregt werden) sollen die Lehrer durch Video-Tutorials abdecken, die sie jedes Jahr wiederholt einsetzen können. In die Schule kommt man nur noch, um die Aufgaben zu vergleichen und zu kontrollieren oder um Fragen zu stellen. Diese Unterrichtsmethode nennt sich «flipped classroom». Somit wird der Lehrer – zugespitzt gesagt – zu einer gut bezahlten Hausaufgabenhilfe degradiert. Damit sollen die Selbständigkeit und die Selbstverantwortung der Schüler gefördert und gestärkt werden. Die Klassenlehrpersonen sollen mehr zu Koordinatoren werden, was ihre Rolle «stärke».

Überprüft werden sollen neu auch überfachliche, personale und soziale Kompetenzen. Damit ist das Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten gemeint. Eine objektive Beurteilung dürfte schwierig und die Gefahr einer Gesinnungsschulung dafür umso grösser sein.

Vielfältige Lerngefässe

Das Methodenrepertoire soll erweitert werden, damit digitale Inhalte in die Unterrichtsgestaltung einfließen können. Es soll eine Kombination von Präsenz- und Onlinelernformaten geben. Das sogenannte Lernnavi, ein digitales Unterrichts- und Übungsportal, soll die Vermittlung der basalen fachlichen Kompetenzen in Mathematik und Deutsch übernehmen. Damit müssen die Schüler sich diese Inhalte selbst beibringen, womit der Kanton Unterrichtslektionen spart (Deutsch zwei Lektionen, Mathematik eine Lektion). Es sollen projektartige und interdisziplinäre Arbeiten gefördert werden. Man möchte wegkommen von den 45-Minuten-Lektionen. Der Unterricht soll individualisiert und «kompetenzorientiert» (Fokus auf Output) stattfinden. Das Ziel sei, wie gesagt, eine «Entrümpelung des Lehrplans», sprich Abbau des Inhalts. Es soll keine vollständige Bearbeitung eines Stoffgebietes – etwa im Geschichtsunterricht – stattfinden, sondern nur noch die Bearbeitung einiger typischer Beispiele. Angestrebt werden dank dem sogenannten «exemplarischen

Lernen» Zeitgewinn, Reflektionen der eigenen Lernprozesse und der Aufbau von Lernstrategien, womit diese «gegenstands- und situationsbezogen ausgewählt und konstruktiv eingesetzt werden können» – wenigstens in den Idealvorstellungen der Entwickler. Hinzu kommt neu das Fach «reflektiertes Denken», was je nach Anbieter viel mit Gesinnung und weniger mit dem Beleuchten aus verschiedenen Blickwinkeln zu tun haben dürfte.

Aufwand und Ertrag?

Der Aufwand für die Lehrer dürfte nicht weniger werden für die individualisierten Lernfelder, Begleitungen und Prüfungen. Gleichzeitig werden durch die Reduktionen der Lektionen vermutlich die Verdienste zurückgehen, da auch Einsparungen erwartet werden. Dabei dürften gerade durch die Projektarbeiten die unterschiedlichen zeitlichen Belastungen für Lehrer, die vielleicht nur zu einem 50-Prozent-Pensum angestellt sind und familiäre Aufgaben haben, ein grosses Problem werden.

Auch für viele Schüler dürften die verschiedenen Lernformen und die zunehmende Selbstverantwortung eine Überforderung sein und die Belastungen für den Lernerfolg bei verschiedenen Projekten gleichzeitig zu- und nicht abnehmen, wie suggeriert wird.

Die Gefahr ist gross, dass schliesslich die meisten Schüler nicht mehr eine solide Vorbildung für ein Studium mitbringen werden. Für die Lehrer kann es chaotisch und unübersichtlich werden mit dieser angestrebten Individualisierung, aber dann sind ja die Schüler, laut Strategiepapier, für die Misserfolge im Lernen selbst verantwortlich.

Wie beim Lehrplan 21 dürfte die Theorie der Praxis nicht standhalten. Damit wird nun auch die Ausbildung an den Gymnasien zunehmend infrage gestellt und damit viel Bewährtes vorbei an demokratischen Prozessen zerstört. ●

Royal Shopper

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ich laufe (jogge) meine Runde und bin erfreut, wie mich meine Beine noch tragen, wie mich meine Pumpe noch vorwärtstreibt. Jetzt ist sie da, die harte Steigung. Doch was ist jetzt? Ich habe mich doch immer auf diesen Stutz gefreut. Heute schleicht ein mulmiges Gefühl in mir hoch, ja, ich fürchte mich beinahe. Komme ich da noch hoch oder muss ich klein begeben? Ich schaue dem Feind in die Augen und knurre ihn böse an: *«Nenei, my Fründ, das chasch nid mache mit mier!»* Schritt für Schritt kämpfe ich mich nach oben. Nicht mehr ganz so elegant wie bisher, aber die Steigung ist bezwungen. Ich schnaufe wie eine Dampflok und muss das Tempo für die nächsten zwei Kilometer zurückschrauben. Immerhin, *es isch no ggange.*

Einige Tage später. Das merkwürdige Gefühl ist wieder da. Eine gewisse Angst greift nach mir. Die Furcht vor dieser Wand und vor jeder kleineren Steigung wird grösser. Jetzt ist es also so weit, ich genüge nicht mehr. Muss ich jetzt meine Laufschuhe parkieren, mich hinter dem warmen Ofen verkriechen? Kommen jetzt die bösen Tage, wie sie der Prediger in Kapitel 12 beschreibt? Bitte nicht schon ...

Da lesen wir (HFA): *«Denk schon als junger Mensch an deinen Schöpfer, bevor die beschwerlichen Tage kommen und die Jahre näher rücken, in denen du keine Freude mehr am Leben hast. Deine Hände zittern, deine starken Beine werden schwach und krumm. Die Zähne fallen dir aus, du kannst kaum noch kauen und deine Augen werden trübe.»*



Und jetzt kommt's knüppeldick: *«Du fürchtest dich vor jeder Steigung und hast Angst, wenn du unterwegs bist. Dein Haar wird (ist!) weiss, mühsam schleppst du dich durch den Tag. Ja, denk an deinen Schöpfer, ehe das Leben zu Ende geht!»*

Eine Umfrage vor zwanzig Jahren ergab: Die Menschen fühlten sich damals mit 69 Jahren alt. Das neueste Ergebnis: Jetzt beginnt das Alter mit achtzig. Jetzt hat's mich also auch erwischt. Aber das mit den Laufschuhen entsorgen ... Jetzt erst recht den Stutz hoch, gemütlich zwar, aber mit einem Lächeln auf dem schweissnassen Gesicht! Die Beine tragen mich wunderbar, und die Furcht vor jeder Steigung war nur eine kleine Krise. Die Zähne sind auch noch da, sie können ordentlich zubeissen, vor allem wenn sie Teigwaren zermahlen dürfen.

Wir haben ihn gefeiert, meinen schönen Runden. Was für ein tolles Fest im Kreise der Familie. Ich wurde von den vierzehn Grosskindern mit – erraten – Teigwaren überhäuft. Jede Ecke in der Stube ist nun ausgefüllt mit einem Paket dieser Kraftnahrung. Und was steht auch noch in der Wohnung herum, was? Ein Royal Shopper in edelster Ausführung mit Flüsterrädern. Auf der Tasche ein XXL-Kleber: 80 auf weissrotem Hintergrund. Wird wohl die Höchstgeschwindigkeit sein ... Dabei habe ich den Kindern doch gesagt, das sei etwas für alte Männer. Kann sein, dass ich dereinst froh darüber sein werde. Aber jetzt schon? Begegnet mir doch beim letzten Wocheneinkauf ein junger Mann mit so einem vollbeladenen Einkaufswägelchen. Mit einem Grinsen und voll Begeisterung zieht er das Fahrzeug hinter sich her, schaut links, grüsst nach rechts, sieht her Leute, was bin ich für ein Bursche! Wie gesagt, mit mir nicht – noch nicht ...

Jeder Tag, den Gott mich erleben lässt, ist ein geschenkter Tag. Ich verlasse mich auf die Zusage von Jesaja 46,4: *«Ich werde euch tragen bis ins hohe Alter, bis ihr grau werdet (weiss ...). Ich habe es bisher getan, und ich werde euch auch in Zukunft tragen und retten!»*

Ich wünsche Euch fröhliches Einkaufen mit oder ohne Wägelchen! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Seit einigen Monaten verfügt die EDU Schweiz über Info-Kanäle auf WhatsApp und Telegram. Damit können wir unsere Mitglieder und Sympathisanten noch schneller über laufende Aktionen informieren. Jetzt kostenlos abonnieren und nichts mehr verpassen!

WhatsApp-Kanal abonnieren: unter «Kanäle» nach «EDU Schweiz» suchen – oder über diesen QR-Code:



Telegram-Kanal beitreten: auf Telegram suchen nach «EDU Schweiz» – oder über diesen QR-Code:



EDU BS: Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat am 11. September beschlossen, für die geplante Durchführung des Eurovision Songcontests (ESC) in Basel 2025 Steuergelder im Umfang von 34,964 Millionen Franken aufzuwerfen. Gegen diesen Beschluss ergreifen die EDU Schweiz und die EDU Basel-Stadt das Referendum. Wir haben nun bis spätestens am 26. Oktober 2024 Zeit, mindestens 2'000 beglaubigte Unterschriften zu sammeln. Wir bitten alle Baslerinnen und Basler, das Referendum gegen den 35-Millionen-Staatsbeitrag an den ESC zu unterschreiben. Unterschriftsberechtigt sind im Kanton Basel-Stadt gemeldete Personen mit schweizerischer Staatsbürgerschaft. Wer als «Externer» Leute aus dem Kanton Basel-Stadt kennt: Bitte ermuntern Sie Ihre Bekannten, das Referendum zu unterschreiben!

Argumente und Unterschriftenbogen: www.stopp-esc2025.ch



EDU SH: Im Kanton Schaffhausen fanden am Sonntag, 22. September 2024, die kantonalen Parlamentswahlen statt. Die EDU konnte dabei ihren Wähleranteil auf hohem Niveau stabil halten. Bei einem Wähleranteil von 3,31 % wurden die zwei Kantonsratsmandate der EDU (von insgesamt 60 Sitzen) solide bestätigt. Die EDU Schweiz gratuliert der EDU Kanton Schaffhausen zu diesem guten Wahlergebnis und dankt allen, die sich im Wahlkampf für die EDU eingesetzt haben, recht herzlich. Den gewählten Kantonsratsmitgliedern Andreas Schnetzler (Wahlkreis Klettgau, bisher) und Sandra Schöpfer (Wahlkreis Schaffhausen, neu) wünschen wir viel Erfolg und Gottes Segen für die Tätigkeit in der kommenden Legislatur!



In eigener Sache: «Keine generelle Kritik an Freikirchen»

Klarstellung von Grossrat Samuel Kullmann, Mitglied der Geschäftsleitung der EDU Schweiz: «Einige Leserinnen und Leser haben mein Vorwort im September-Standpunkt («Stillschweigende Zustimmung ist keine Option», Seite 3) als eine generelle Kritik an Freikirchen und ihren Leitungen empfunden. Eine solche Generalisierung war nie meine Absicht. Der Vollständigkeit halber möchte ich hier ergänzen, dass der Verband Freikirchen.ch eine hilfreiche Stellungnahme zu der Eröffnungszeremonie an den Olympischen Spielen in Paris verfasst hat, für welche die EDU und ich dankbar sind.»

UNO gedenkt Terroropfern – nur nicht den israelischen...

Am 21. August jeden Jahres gedenkt und ehrt die UNO weltweit «alle» Opfer von Terrorismus. In der Eingangshalle des Hauptgebäudes der UNO werden Terroranschläge aus verschiedenen Regionen weltweit mit ihren Opfern präsentiert. Doch merkwürdigerweise keine Spur von der Erwähnung der Terroranschläge gegen Israel. Das Volk, das am meisten unter Terror leidet, wird in der Ausstellung völlig ignoriert! Allein seit dem 7. Oktober 2023 erlitt das Volk Israel insgesamt 1'180 Terroranschläge. Seit der Staatsgründung Israels wurden 5'100 Israelis von Palästinensern durch Terroranschläge ermordet. Das israelische Volk hat unermessliches Leid durch Terror erlebt, und dennoch werden ihre Opfer hier komplett ignoriert. Quelle: www.doronschneider.de

Führt uns die Öko-Landwirtschaftspolitik auf Hungerkurs?

Wie in der EU, werden auch unsere Schweizer Bauern seit Jahren von Politik und der «vollgefressenen» Öffentlichkeit auf «nachhaltig-ökologische» Produktion getrimmt. Dabei wird u.a. der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel proklamiert und als «umweltfreundlich» dargestellt.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

«Bio» wird glorifiziert, während die sogenannte konventionelle und integrierte Produktion (IP) als weniger «umweltfreundlich» beurteilt wird. Verarbeiter verlangen «herbizidfreien» Weizen, weil herbizidfreies Brot angeblich gut verkauft werden könne. Der Staat macht mit zum Teil äusserst fragwürdigen Subventions- und Direkt-Zahlungen Druck auf die Bauern, damit diese solch angeblich «nachhaltige» Produktionsprogramme auf ihren Betrieben umsetzen. Ich beurteile die sogenannte integrierte Produktion (IP) als umwelt- und ressourcenschonende Produktionsmethode. Sie kombiniert und optimiert die verfügbaren Anbautechniken, Sorten und Hilfsmittel für den betreffenden Standort mit dem Ziel von quantitativ und qualitativ guten Erträgen von Lebens- und Futtermitteln. Dies ohne ideologisch-politische Scheuklappen. Ich lege grossen Wert auf eine möglichst hohe «Umwelt-Effizienz». Das heisst, mit den eingesetzten Produktionsmitteln muss am betreffenden Standort unter den gegebenen Bedingungen quantitativ und qualitativ ein möglichst guter Ertrag erzielt werden. Mit IP ist dies möglich – mit entsprechend optimierten Anbautechniken, Sorten, inklusive Düngung, Pflanzenschutz, Ernte- und Lagerbedingungen.

Fragwürdige «Öko-Experimente»

Und hier hat die staatlich geförderte «öko-ideologische» Produktion nachhaltige Probleme, wie das Erntejahr 2024 erneut zeigt: Die nassen, häufig nicht befahrbaren Felder erschwerten – unabhängig von der Produktionsmethode – oft termingerechte Pflanzenschutz- und Pflegemassnahmen. Aber wer auf Herbizide verzichtet und diese nicht gleichwertig und rechtzeitig durch mechanische Verfahren ersetzen kann (es gibt heute sehr gute Hackgeräte), darf sich nicht wundern, wenn seine Kulturen von Unkraut überwuchert werden. Dies hat z.B. bei Getreide und Kartoffeln zur Folge, dass durch die ständige Feuchtigkeit des grünen Dschungels die Pilzkrankheiten massiv begünstigt werden, z.B. Fusarien und Septoria bei Getreide, Kraut- und Knollenfäule (Phytophthora) bei Kartoffeln. Bei Getreide kommt noch Lagerfrucht dazu, was das Auswuchs-Risiko in die Höhe treibt. Die Quittung für solche «Öko-Experimente»: Massive Einbussen bei Quantität und vor allem Qualität der Getreideernte.

Zahlreiche Posten konnten 2024 wegen ungenügender Qualität nur als Futtergetreide verwertet werden. Viele Brotgetreide-Lieferungen konnten wegen zu hohem Fusarium-Befall nur noch für die Biogas-Anlagen verwendet werden. Man kann das zwar als «Öko-Produktion» von sogenannt «erneuerbarer Energie» interpretieren. Ich persönlich taxiere dies eher als unverantwortliche Ressourcen-Verschwendung. Auch die konventionellen resp. IP-Ablieferungen konnten 2024 quantitativ und qualitativ nicht voll befriedigen. Aber mit dem Verzicht auf Herbizid- und/oder Fungizid-Behandlungen muss dem betreffenden Bauern klar sein, welche Risiken er eingeht.

Verantwortungslose Entwicklung

Solange der Steuerzahler diese Risiken unter dem Titel «Öko» bezahlt, mag solcher Unsinn aufgehen. Aber im Blick auf die weltweite Versorgungssituation mit Nahrungsmitteln ist die heutige Schweizer Öko-Landwirtschaftspolitik eher auf dem Gleis einer verantwortungslosen Verschwendung von realisierbarem Ertragspotential. Dazu kommt noch die von EU und UNO forcierte Politik des «Green-Deals», wo mit Hilfe des Klima-CO₂-Lügengebäudes und unter dem Vorwand der Klima-Katastrophe die landwirtschaftliche Produktion auf das Ziel «CO₂-Neutralität» bis 2050 radikal heruntergefahren werden soll.

Liebe Bauern: Steigt aus den staatlich verordneten «Öko-Programmen» aus! Es sind falsche Weichenstellungen, die bezüglich Landesversorgung in Richtung Hunger fahren. Produziert verantwortungsbewusst nach guter landwirtschaftlicher Praxis und schickt die staatlichen Ökobürokratie-Vögte nach Hause! ●



Umfrage: Warum engagieren Sie sich für die EDU?

«Glaube soll im Alltag gegenwärtig sein»



Mir ist es wichtig, dass der Glaube an Jesus Christus ganz praktisch im Alltag gegenwärtig ist und dass Familie und Ehe gestärkt werden. Die einheimische Produktion von gesunden Nahrungsmitteln soll mehr Wertschätzung erhalten und faire Preise erzielen. Ich stehe dafür, dass wir mit unseren Ressourcen schonend und umweltverträglich umgehen und dass ein nachhaltiger Umgang gepflegt wird.

Richard Ammann (68), seit 44 Jahren verheiratet mit Agnes, fünf erwachsene Kinder, sieben Grosskinder; Beruflich lange Jahre Meisterlandwirt, heute Rentner (Mithilfe und Unterstützung auf dem Hof, der einem Sohn und dessen Familie weitergegeben wurde); Engagement in einer Bauerngebetsgruppe; Hobbies: E-Bike fahren mit meiner Frau, Schwimmen und Baden, Ausflüge machen, Menschen kennen lernen, gute Gespräche führen; wohnhaft in Sommeri TG.

Buchrezensionen

Dem Chaos Ordnung entgegenhalten!

In diesem Buch verlegt Dominik Klenk zwei politische Artikel von Jordan Peterson im Fontis-Verlag. Peterson beklagt sowohl den um uns tobenden «Kulturkampf» (S. 13), die ausufernde Staatsbürokratie (vgl. S. 59) als auch die Orientierungslosigkeit der heutigen Jugend (vgl. S. 29). Dabei bleibt er jedoch nicht bei der Problemanalyse stehen, sondern anerkennt drei christliche Lösungsansätze: die Gottesebenbildlichkeit aller Menschen (imago Dei) als Grundlage unserer Zivilisation (vgl. S. 31), unsere Eigenverantwortung sowie unsere Bereitschaft, aus Liebe Opfer zu bringen. Ein hochintelligentes Buch, das aufrüttelt.

Pfr. Michael Freiburghaus

Jordan Peterson. Die Essenz des Seins: Über das Zusammenspiel von Identität und Verantwortung. Basel: Fontis, 2024. ISBN 978-3-03848-287-1, 144 Seiten.



Kein Weg ist zu weit

Sabina Geissbühler-Strupler, unter anderem langjährige Berner Grossrätin und Präsidentin der Vereinigung Eltern gegen Drogen, begibt sich auf einen Streifzug durch ihr vielfältiges und hochinteressantes Leben. Die minutiös in ihren Tagebüchern festgehaltenen Ereignisse reichen von der Kindheit bis ins Erwachsenenalter und beschreiben ihre bewegte Vergangenheit. Sie zeigen ihre Verbundenheit mit der Natur und ihr enormes Engagement im sozialen und politischen Leben ihrer Heimat, der Schweiz.

Die «Schweizerzeit» zu diesem Buch: «Die Autorin schildert in ihrer Autobiografie, was eine Frau mit ihrer Überzeugung sowie dem Willen, den Überzeugungen auch Taten folgen zu lassen, fertigzubringen vermag. Ein eindrückliches Lebensbild einer Zeitgenossin, die vieles bewegt.»



Sabina Geissbühler-Strupler. Kein Weg ist zu weit. Schweizer Literaturgesellschaft, 2023. ISBN 978-3-03883-177-8, 436 Seiten.

Dein Sport- und Freizeitanbieter.

loslorentes.com

www.huwa.ch Huwa seit 1911

COMPASSION.CH

Der Schweizer Luftkissen-Schuh www.kybun.swiss kybun Switzerland

Christlicher Hilfsbund im Orient Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937. www.hilfsbund.ch

eljah Ihr Geschenk Bruno Jordi 079 651 92 74 eljah.ch jordi.b@bluewin.ch Silber und Gold als Münzen und Granulat Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist! Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Kalender 2025 mit Bibelversen. Ich bin ein leidenschaftlicher Naturfotograf und regelmässig in den Bergen unterwegs, um die Schönheit der Schweizer Natur mit meiner Kamera festzuhalten. Mein Kalender mit passenden Bibelversen kann unter www.danielhugphotography.ch bestellt werden.

Broschüre, Format A5, ca. 50 Seiten: «Eltern, schützt eure Kinder vor dem Staat!» Wie der Staat mit der Schule die Kinder verdirbt (Klimawahn, Okkultismus, Sexualisierung, Genderismus, «Corona»-Politik) – und wie man sich wehren kann. Erhältlich gegen Spende nach der Broschüren-Lieferung. Bestellungen an: basileuo, Lörenstrasse 46, 9230 Flawil.

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.–, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauszugang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

2-Zi.-Wohnung in Riehen oder Bettingen BS gesucht. MZ bis CHF 1500.– brutto. Nicht im EG oder Hochparterre. K: marktplatz@edu-schweiz.ch oder an EDU-Standpunkt, Postfach 1011, 3601 Thun Aarezentrum

VERSCHENKEN

Briefmarkensammlung, vor allem CH-Marken. Abholen in Freienstein. Tel. 077 408 87 88

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr, Silber Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen.** K: <https://israel-gebetstreffen.ch>

11.10. Schaffhausen: 20 Uhr, Restaurant Altes Schützenhaus, Schaffhausen: **Mitgliederversammlung.** K: www.edu-sh.ch

14./28.10. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

17.10. Schaffhausen: 20 Uhr, Kirche am Rheinfall Neuhausen: **Gebet.** K: www.edu-sh.ch

20.10. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

25.10. Wängi TG: 20 Uhr, Restaurant Schäfli in Wängi: **EDU-Stammtisch**

3.11. Aarberg BE: 15 Uhr, Hotel Krone, Stadtplatz 29: Israel-Vortrag «Israel und die Welt – nach dem 7. Oktober 2023 – Was sagt die Bibel dazu?» mit Michael Schneider. Veranstaltung der EDU Biel Seeland. K: martin.wuethrich@edu-schweiz.ch, 032 365 42 53

4.11. Wil SG: 19 Uhr, im kleinen Saal im Restaurant Rebstock: **Mitgliederversammlung Kreispartei Wil.** Anschliessend Vortrag von David Gysel zur Geschichte der Glaubensfreiheit in der Schweiz. K: sg@edu-schweiz.ch

5.11. Uster ZH: 19.30 Uhr, Stadthofsaal, Theaterstrasse 1: **Israel-Vortrag «Israel und die Welt – nach dem 7. Oktober 2023 – Was sagt die Bibel dazu?»** mit Michael Schneider. Veranstaltung der EDU Uster.

9.11. Dietfurt SG: 9.30 Uhr, Restaurant Rössli, Landstrasse 20: **Mitgliederversammlung EDU Toggenburg.** 11 Uhr: Bericht von EDU-Kantonsrat Heinz Herzog. K: sg@edu-schweiz.ch

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

4.–6.10. 20. **Regionaltagung Wort und Wissen**

28.10.–1.11. Weiterbildung: «Missiologie», mit Michael Haller

8.–10.11. Kreativ-Wochenende:

«Biblelettering» und «Berge malen mit Acryl»

15.–17.11. Frauenwochenende:

«Gottes Wort: Die Kraftquelle für positive Veränderungen in deinem Leben!» K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Schweizerischer Bund Aktiver Protestanten CHBAP

2.11. 10–12 Uhr und 14–16 Uhr, Hotel Bern, Tagungsraum 2, Stock, Zeughausgasse 9, 3011 Bern: «**Reformationstagung 2024** des Schweizerischen Bund Aktiver Protestanten, CHBAP». Referent: Dr. theol. Roger Liebi. Tagungsthemen: «Gibt es Fehler in der Bibel?» und «Ist Israel ein Gottesbeweis?». Der Vorstand CHBAP freut sich auf Ihren Besuch.

27.12.–2.1.2025 Seit acht Jahren treffen sich Familien im **Familienneujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zurüsten zu lassen. Auch Alleinerziehende und Singles sind herzlich eingeladen. K: www.familien-nela.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Adressmutationen und Ihre E-Mail-Adresse mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.

Der «EDU-Standpunkt» 11/2024 wird am 28. Oktober 2024 versendet.

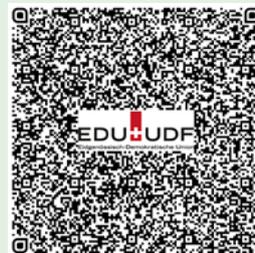
Redaktionsschluss:
4. Oktober 2024
Druck: 23. Oktober 2024

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen:
newsletter@edu-schweiz.ch



Scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm.

Spenden mit Bitcoin



QR-Code für Twint-Spenden:



Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach 1011
3601 Thun Aarezentrum

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Pixabay
3: Karikatur Willu
11, 13, 14: Adobe Stock
12: Envato Elements
Kopfbilder, 2, 4, 5, 7, 8, 9, 15, 19: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 19 800 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.-/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MWST)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Das macht Hoffnung: Viele Teilnehmer am Marsch fürs Läbe 2024!

Rund 1'600 Lebensschützerinnen und Lebensschützer versammelten sich am 14. September 2024 zum «14. Marsch fürs Läbe» in Zürich-Oerlikon. Nach diversen Referaten und Bekenntnissen zogen die Teilnehmer unter dem Motto «Stand up for Life!» durch die Strassen Zürichs, um für das Lebensrecht von Kindern einzutreten.

**SCHLUSS
PUNKT**

Der Marsch selbst musste wie schon in den Jahren zuvor unter grossem Polizeischutz stattfinden. Die Leute liessen sich durch die (leider gewohnten) Störmanöver aber nicht beirren und standen bei bester Stimmung und fröhlicher Laune für das Lebensrecht aller Kinder ein.



Als einzige Partei wieder am Marsch fürs Läbe präsent: Die EDU!



Mehr Impressionen vom Marsch fürs Läbe 2024:
www.marschfuerslaebe.ch

Scribe
Übersetzungen – Korrektur – Redaktion

Die richtige Wortwahl

T 032 342 77 77 | info@scribe.ch | www.scribe.ch

LEPRA ist heilbar!

Unterstützen Sie Menschen mit Lepra mit einer Spende.

LEPRA MISSION SCHWEIZ

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

TB TRANSPARENT
BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 Münsingen | 031 721 62 27

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

E. + W. BERTSCHI AG
Ihr Fachhandel für...
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen



Spycher-Handwerk Huttwil

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch 062 962 11 52

HOPE Business Meetings Information und Anmeldung

Johannes Grassl Region Thun 29. Okt. 2024

Ruedi Josuran Region Olten 30. Okt. 2024

Andreas Krafft Region Zürich/Zug 31. Okt. 2024

Andy Mason Thun/Winterthur/Basel 5.-7. Nov. 2024

www.hope-business-club.ch

PRO LIFE Das Leben lieben.

MEIN VEREIN FÜRS LEBEN.

prolife.ch

PRO LIFE KRANKENKASSEN LÖSUNGEN

PRO LIFE VERSICHERUNGS TREUHAND